

## Antrag der Fraktion der FDP **Die Mitte stärken - Mittelstand ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

wir befinden uns momentan in der tiefsten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Das es momentan außergewöhnliche Zeiten sind steht außer Frage. Doch gerade jetzt gilt es, trotz dieser Turbulenzen die Nerven zu behalten.

In Ihrem Antrag fordern Sie zum wiederholten Male eine Ausweitung der Maßnahmen, um ein mittelstandsfreundlicheres Klima in Deutschland zu schaffen. Ganz konkret fordern Sie beispielsweise die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Senkung der Einkommenssteuer. Wie Sie Ihre Maßnahmen aber konkret gegenfinanzieren wollen bleiben Sie uns erneut schuldig.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise hat die Bundesregierung bereits Ende des vergangenen Jahres Maßnahmenpakete geschnürt, durch die Schäden in unkalkulierbarer Größenordnung von der Wirtschaft und der Allgemeinheit abgewendet werden konnten.

Wir haben uns dabei zu Recht jedem blinden Aktionismus widersetzt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP erheitert uns in regelmäßigen Abständen mit grandiosen Ideen. Kollege Brüderle forderte noch kürzlich, das Bundeswirtschaftsministerium in „Mittelstandsministerium“ umzubenennen. Den Sinn dahinter verschweigen Sie uns bis heute.

Der Mittelstand ist – das betonen Sie in Ihrem Antrag vollkommen richtig – die Herzkammer unserer Volkswirtschaft. Er ist eben „keine Recheneinheit“, sondern vielmehr der Motor und tragende Säule unseres Landes.

Mittelstand bedeutet eben auch Wirtschaft und Technologie. Darum trägt das zuständige Ministerium zu Recht diese Bezeichnung. Denn die mittelständischen Unternehmen leisten

einen enormen Beitrag im Bereich der Technik und Innovationen in allen Bereichen unserer Wirtschaft.

Das Mittelstandspolitik eine Querschnittsaufgabe ist, hat die Bundesregierung vielfach unter Beweis gestellt, ich nenne hier beispielhaft die 2006 gestartete Mittelstandsinitiative oder das 2008 gestartete Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand.

Um Innovationsprozesse fortsetzen und Arbeitsplätze erhalten zu können haben wir ganz bewußt die Mittel zur Finanzierung der Technologie- und Innovationsprojekte des Mittelstands auf 670 Mio. Euro aufgestockt. Hinzu kommt eine Erhöhung der Mittel für das ZIM für die Jahre 2009 und 2010 um insgesamt 900 Mio. Euro.

Zusätzlich ist es uns in dieser Legislaturperiode mit den drei Mittelstandsentslastungsgesetzen gelungen, die bürokratischen Hemmnisse für die kleinen und mittleren Unternehmen deutlich zu reduzieren. Seit Beginn des Programms für Bürokratieabbau haben wir mehr als 200 überflüssige Gesetze und Rechtsverordnungen gestrichen. Alles in Allem erreichen wir damit eine Entlastung der Wirtschaft um jährlich 7 Mrd. Euro!

Doch nach wie vor trägt Deutschlands Wirtschaft jährliche Bürokratielasten in Höhe von rund 40 Mrd. Euro. Wir haben daher in unserem Regierungsprogramm, das CDU und CSU am Montag gemeinsam vorgestellt haben, festgeschrieben, alle nationalen Statistik- und Berichtspflichten bis 2011 netto um 25 Prozent abzubauen.

Infolge des Konjunkturerinbruchs haben wir besonnen und zielgerichtet agiert. Mit dem Kredit- und Bürgschaftsprogramm haben wir ein 115-Mrd.-Euro-Programm für den Mittelstand auf den Weg gebracht. Damit ist es uns möglich, bestehende Finanzierungslücken zu schließen – allerdings nur dann, wenn das Unternehmen eine langfristige Perspektive hat und unverschuldet, nur wegen der Krise, in Existenznot geraten ist.

Im Fokus unserer Maßnahmen stehen die Entlastung der Bürger und Unternehmen sowie die Sicherung der Beschäftigungserfolge der vergangenen Jahre. 2009 und 2010 fördern sie Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von rund 50 Mrd. Euro. Davon profitiert besonders der Mittelstand.

Zusammen mit den bereits im Oktober 2008 beschlossenen Maßnahmen zur Senkung der steuerlichen Belastungen werden wir unserer Verantwortung gerecht, auch in solch

stürmischen Zeiten das Schiff zu steuern, um den Menschen eine Perspektive für die Zukunft und zur Überwindung der Konjunkturschwäche zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen von der FDP, ich halte es für angebracht und richtig, über das Thema Steuersenkungen zu sprechen. Doch jetzt ist gewiß keine Zeit für Mätzchen.

In unserem Regierungsprogramm sprechen wir uns ganz bewußt für eine Senkung des Eingangssteuersatzes von 14 auf 12 Prozent aus. Darüber hinaus wollen wir, dass der Spitzensteuersatz erst ab 60.000 Euro greift statt schon ab knapp 53.000 Euro. Um die Auswirkungen der so genannten „Kalten Progression“ zu mildern, wollen wir die Tarifeckwerte absenken.

Dadurch werden nicht nur Arbeitnehmer, sondern gerade auch die im Mittelstand überwiegenden Personenunternehmer entlastet. Dies ist ein pragmatischer Ansatz gegen die leistungsfeindlichen Auswirkungen der Kalten Progression.

Unser klares Bekenntnis zur Schuldenbremse trägt besonders der Verantwortung für die künftigen Generationen Rechnung. Angesichts der konjunkturellen Schieflage dürfen wir nicht die Frage der Generationengerechtigkeit auf die lange Bank schieben. Nur die Schuldenregel eröffnet uns eine nachhaltige Finanzpolitik, die unseren Kindern und Enkeln keine ständig wachsenden Schuldenberge hinterläßt.

Mittelstandspolitik war und ist ein Markenzeichen der Union. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Ihren Antrag, geschätzte Kollegen von der FDP, nehme ich daher gerne zur Kenntnis, Ihre Forderungen haben wir aber längst in die Tat umgesetzt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.